

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

30.10.1863 (No. 255)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 30. Oktober.

N. 255.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufsgelder: die gepaltene Zeitung oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf die Monate November und Dezember der Karlsruher Zeitung.

Telegramme.

Frankfurt, 29. Okt. Die dänische Antwort hält an dem frühern Standpunkte fest; die Märzverfassung erklärt sie für provisorisch.

Es ist eine dritte englische Note in Betreff einer Vermittlung von internationaler Seite eingegangen.

Genf, 29. Okt. Gestern Abend wurde in Folge ernstlichen Vorgehens des Staatsprokurators Hervé die Fajsh'sche Spielhölle geschlossen.

Warschau, 28. Okt. (W. L. B.) Das Tragen von Trauerkleidern ist vom 10. Nov. c. an verboten, und wird widrigenfalls eine Geldstrafe für Fußgänger von 10 Rubel, für Equipagen von 100 Rubel, und für Viehwagen von 15 Rubel angeordnet. Beamte verlieren den Gehalt von einem Monat. Dagegen ist die Trauer um Todte gestattet.

Deutschland.

Frankfurt, 27. Okt. Der „Wes.-Ztg.“ wird von hier folgende Analyse des bayrischen Protestes gegen den von Preußen vorgenommenen Abschluß eines Handelsvertrags mit Belgien mitgetheilt:

Der Vertrag besteht aus mehreren Theilen, von denen das „Protokoll über Zoll- und Handelsverhältnisse“ hier allein in Betracht kommt, da es Bestimmungen der Zollvereins-Verträge berührt. In §. 1 des Protokolls wird zugesagt, „auf der Grundlage gegenseitig gleicher Behandlung mit der meistbegünstigten Nation über den Abschluß eines Handelsvertrags in Verhandlung zu treten.“ Belgien gewährt in Folge dessen den aus dem Zollverein stammenden oder dorthin bestimmten Waaren die nämliche Vergünstigung, welche Großbritannien auf Grund des Vertrags vom 23. Juli 1862 genießt. Die bayrische Regierung macht nun geltend, daß der Zollverein zu allen außerdeutschen Staaten im Prinzip eine andere Stellung als zu den übrigen deutschen, zum Zollverein nicht gehörigen Nationen einnehmen müsse. Der Verein sei bei seiner Gründung als deutscher Zollverein bezeichnet worden, und sowohl dadurch, als durch mehrfache ausdrückliche Bestimmungen sei die Absicht ausgesprochen worden, ihn allmählig auf alle deutschen Staaten auszuweiten. Auch der Februarvertrag mit Oesterreich nehme den spätern Eintritt dieses Staats in den deutschen Zollverein in bestimmte Aussicht, und räume ihm eine Reihe von Zollbegünstigungen und Verkehrsvereinfachungen ein, welche niemals auf fremde Nationen erstreckt werden sollten. Bei Verträgen mit diesen dürfe daher das Verhältnis des Zollvereins zu den anderen, ihm noch nicht zugehörigen deutschen Staaten nicht unbeachtet gelassen, jene Nationen nicht auf ganz gleiche Stufe mit den letzteren gestellt, auch nicht durch positive Bestimmungen die allmähliche Ausdehnung auf ganz Deutschland erschwert oder unmöglich gemacht werden. Schon bei Abschluß des Handelsvertrags mit Frankreich sei von Preußen dieses Grundprinzip des Zollvereins nicht beachtet, und trotz der von verschiedenen Regierungen erhobenen Bedenken auch bei dem Vertrag mit Belgien nicht zur Anwendung gebracht worden. Die preussische Regierung sei vielmehr in diesen Fällen von einem entgegengegesetzten Grundsatze ausgegangen. Das angeführte Protokoll vom 28. März d. J. würde daher, wenn seine Bestimmungen beim Zollverein als solchen entweder ausdrücklich oder stillschweigend Anerkennung fänden, die Vereinigungen der Möglichkeit berauben, den Vertrag mit Oesterreich

vom 19. Febr. 1853 nach dessen Ablauf zu erneuern, oder in Gemäßheit desselben Oesterreich Zollbegünstigungen zu gestatten. Die bayrische Regierung erklart in diesem Verfahren Preußens eine Verletzung der föderativen Aufgabe des Zollvereins, ist daher außer Stande, dem Protokoll vom 28. März d. J. beizutreten, und hält sich verpflichtet, gegen dasselbe und seine Konsequenzen Verwahrung einzulegen. Sie geht hierbei von der Ansicht aus, daß ein Handelsvertrag auf der Grundlage gleicher Behandlung mit jener der meistbegünstigten Nation ebenso wenig mit Belgien als mit Frankreich für zulässig erachtet werden könne, wenn nicht die Befugniß der Zollvereins-Staaten, mit Oesterreich und anderen deutschen Regierungen besondere Vergünstigungen und Verkehrsvereinfachungen zu verabreden, welche fremden Staaten nicht zu Theil werden dürften, ausdrücklich vorbehalten bleibe. Aus gleichem Grunde will die bayrische Regierung auch von den Zugeständnissen Belgiens für die Gegenwart während der in Kraft stehenden Verträge keinen Gebrauch machen.

Vom Main, 27. Okt. Man schreibt dem „Nürnb. Korr.“: Nach verlässigen Mittheilungen aus Kopenhagen hat das englische Kabinett in jüngster Zeit zu wiederholten Malen sehr eindringlich der dänischen Regierung angerathen, den von ihm als berechtigt anerkannten Forderungen des Deutschen Bundes in Bezug auf die Verfassungsverhältnisse der Elbe-Herzogthümer eine nachgiebige Berücksichtigung zu Theil werden zu lassen. Es scheint indes bis jetzt nicht, daß das Kabinett von Kopenhagen diesem Rathe so weit Folge geben werde, daß der Vollzug der Bundesexekution würde vermieden werden.

Nürnberg, 26. Okt. Die „N. Preuss. Ztg.“ kommt in einer Mittheilung aus Nürnberg noch einmal auf die Ministerkonferenz zurück, um das Facit der Verhandlungen zu ziehen.

Es besieht darin — sagt das genannte Blatt —, daß von 23 Unterzeichnern des Frankfurter Kollektivschreibens nur 10 sich überhaupt zur Teilnahme an den hiesigen Beratungen hatten. Diese Zurückhaltung scheint besonders durch die Impetuosität und Heftigkeit hervorgerufen zu sein, mit welcher das Wiener Kabinett die Einladung zur Konferenz betrieb. Während einzelne Regierungen direkt von dem Grafen Rechberg zur Theilnahme aufgefordert wurden, übernahm bei andern der österreichische Botschafter die Vermittlerrolle; an noch andern Stellen drachten Dr. v. Carlowitz und Graf Blome die Rechberg'schen Intentionen zur Kenntniß der betreffenden Regierungen. Von diesen zehn Staaten, welche hier vertreten waren, stimmten in der Regel bei den Verhandlungen 7 bis 8 gegen die Vorschläge des Hrn. v. Beust und des Grafen Rechberg, welche zuerst den Vorschlag machten, das Antwortschreiben des Königs von Preußen mit identischen Depeschen zu beantworten. Für diesen Antrag erklärte sich außer den genannten Herren nur noch der Vertreter einer Regierung.

Die zweite Proposition des Grafen Rechberg ging dann wirklich auf eine Separatvereinbarung für weitere Schritte, wiewohl Preußen sich weigern sollte, auf die Reformakte einzugehen. Bei dieser Proposition blieben Graf Rechberg und Hr. v. Beust ohne Unterstüßung.

Die ungünstige Stimmung, in welcher sich die Versammlung befand, war der Grund, daß die Konferenz nur kurze Zeit währte und so rasch abgebrochen wurde. Ueber die Art und Weise, wie man nach Berlin antworten wolle, und ob das Ueberlassen der materiellen Verantwortung der preussischen Vorbereitungen an Oesterreich nicht eigentlich eine Hinweissung darauf einschließt, daß Oesterreich zunächst auf die von Preußen vorgeschlagenen Vorverhandlungen in Unterhand-

lungen treten solle, kann ich nichts positives sagen. Aber unzweifelhaft ist, daß einige Minister sich annähernd in diesem Sinne ausgesprochen haben.

Schließlich höre ich von meinem Gewährsmann, daß mit ganz besonderer Umsicht und Vorsicht in den Diskussionen sich der hannoversche Minister benommen und die Selbstständigkeit Hannovers gegenüber der dominirenden Stellung des Hrn. v. Beust vertreten habe.

Mainz, 27. Okt. Nach der „N. Frkf. Ztg.“ läge der schon gemeldeten Verhaftung des Cassallianers Schöppeler eine Anklage auf Hochverrath zu Grund. Verdächtig sollen außerdem noch der Redakteur des „Mainz. Anzeig.“, Neuschäfer, und der amerikanische Arzt Dr. v. Hoff sein. Neuschäfer hat sich nach der „Mainz. Ztg.“ der ihm drohenden Verhaftung durch die Flucht entzogen.

Köln, 28. Okt. Die „Köln. Ztg.“ theilt bereits heute folgende Wahlergebnisse aus Rheinland und Westphalen mit:

- Stadt Köln: Hr. M. Ryll, Justizrath, 337 gegen 46; Hr. Wilh. Roggen, Rentner und Stadtvorodmeter, 386 g. 30.
- Krefeld: v. Sybel, Professor aus Bonn, 182 g. 1.
- Düsseldorf: Groot, Landgerichts-Rath aus Düsseldorf, 295 g. 83; vander Straeten, Bürgermeister aus Gerresheim, 305 g. 36.
- Rheinbach und Bonn: Hr. v. Proff-Prnich, Landgerichts-Rath aus Eberfeld, 242 g. 94.
- Koblenz, St. Goar, Garnison von Frankfurt a. M. und Mainz: Phil. J. Caspers, Kaufmann aus Koblenz; J. Kassau, Kaufmann aus Koblenz.
- Weslar: Hahn, Kreisgerichts-Rath aus Weslar.
- Düren und Jülich: J. Rey, Rittergutsbesitzer aus Ketz; Hr. v. Hilgers, Landrath z. D. aus Beckin.
- Wittgenstein und Siegen: v. Beugheim, Kreisgerichts-Direktor aus Neuwied, 204 g. 40.

Wir fügen bei, daß sämtliche Gewählten Mitglieder der letzten Kammer waren und der liberalen Partei angehören.

Leipzig, 27. Okt. (Südd. Ztg.) So eben veröffentlicht der Stadtrath folgendes, an ihn ergangenes Schreiben des Magistrats und der Stadtverordneten von Berlin:

Die Erwartungen, mit welchen der unterzeichnete Magistrat in dem Schreiben vom 10. v. M. den Gedanken einer allgemeinen Feier der Tage der Leipziger Völkerschlacht bei dem Rath der Stadt Leipzig anregte, sind im vollsten Maße in Erfüllung gegangen. Ein „Volkstfest“ im höchsten Sinne des Wortes ist in Leipzig gefeiert worden. Die Festung, in welcher die Tausende, welche zu demselben herbeigekommen waren, ihm beizuwohnten, ist über jedes Lob erhaben. Sie gab Zeugniß von dem tiefen Verständniß, das in jeder Brust von der Bedeutung der Feier lebte. Die Gastfreundschaft Leipzigs, erst kurz vorher in so seltsamer Weise der deutschen Jugend erwiesen, ist in der zartesten Weise gegen die alten Kämpfer geübt worden, welche der Einladung des Festausschusses gefolgt waren — sie hat zwischen ihren Bürgern und den versammelten Vertretern der sehnsüchtigen deutschen Städte ein Band gewoben, welches diese in dankbarer Anhänglichkeit mit Ihrer Stadt verbunden halten wird. Die Anordnung und Ausführung der Festlichkeiten hat bewiesen, was eine bürgerfreundliche, von der Opferwilligkeit und Hingebung der Einwohnerschaft unterstützte Obrigkeit vermag, wenn sie einem großen nationalen Gedanken unverkümmerten Ausdruck zu geben nicht gehindert ist. Die Mitglieder des Rathes der Stadt Leipzig, sowie Alle, die mit echtem Bürgersinn freiwillig ihre Kräfte der Vorbereitung und der Ausführung des Festes widmeten, werden in dem die höchsten Erwartungen über-

Die Tällinger Wirthstochter.

(Fortsetzung aus Nr. 254.)

Es war schwer zu entscheiden, was für dem Herzen dieses Mannes vorging, ob seine ganze Handlungsweise nur ein Spiel war, oder ob auch sein inneres Gefühl mit eine Rolle spielte. Wie er in der Dunkelheit von der Gasthausküche nach der Höhe hinging, nachdenkend das Haupt gebeugt, einzelne Worte vor sich hinmurmelt, hatte er wohl das Aussehen eines Verliebten, und doch spielte um seine Lippen ein gewisses Räthsel, das wie Spott aussah und nicht auf die Oberherrlichkeit des Gefühls über die schlaue Berechnung schließen ließ.

Er bog, sobald er die letzten Häuser hinter sich hatte, in den Weg rechts ein, der nach den Linden führte. Es war kühl und windig und die Straße vereinsamt und nicht, wie an andern Abenden, wackten verliebte Pärchen da hinauf; denn je mehr man sich der Höhe näherte, desto deutlicher hallten die Kanonenschüsse von unten herauf. Freilich folgte sich nicht mehr Schuß auf Schuß, aber es schauerte um so unheimlicher, und vor jedem Schuß zuckte es am sternbedeckten Himmel wie ein Blitz auf.

„Sollte Louis schon oben sein?“ sagte der Hauptmann vor sich hin. „Hat einen gar großen Unmuth machen müssen, um seinen Verdacht zu erregen. Wird wohl natürlich finden, daß ich mich einweilen in unserer Wirthschaft als Heiratskandidat aufstelle und als reichen Adligen ausgabe. Auf den Gedanken wäre der mürrißige Bursche nicht gekommen!“ sagte er vor sich hin lachend hinzu.

Er hatte sich indessen der Höhe genähert, einem weiten Plateau, mit jungen Linden bewachsen, von denen einige ihre weiten Äste durch die Nacht reckten, geschüttelt vom Winde, der hier sein freieres Spiel trieb. Borne stand, gerade wie heute noch, bei einer kimmigen Linde eine gewöhnliche Holzbank, von welcher der Wind bei hellem Wetter einen weiten Rundblick genoß. Zur Rechten dehnte sich das Käferhölzchen, gleichsam längs der Krone des Berges hin.

Der Hauptmann war hier gut bekannt, er richtete seine Schritte so-

gleich nach dieser Bank und bemerkte auf den ersten Blick, daß Jemand darauf saß. Er huschte dreimal, und der Dortigende erwiderte dieses Zeichen mit einem leichten Nicken in die Hände und stand nun auf.

„Er ist's!“ sagte der Hauptmann, und ging raschen Schrittes auf die Holzbank zu. „Güßlich zurück?“ rief er dem Wartenden zu.

„Zu dienen, Herr,“ erwiderte Louis, indem er seinen Hut zum Grabe läufte. „Gnaden, der General war zufrieden mit dem Plane und findet Eure Stellung da oben ganz ausgezeichnet. Er möchte, daß Ihr noch einige Zeit mindestens da bleiben könntet; will aber genau die Stellung der Reichstruppen kennen, und zwar recht bald — er ersucht Euch, auch nachzuforschen, ob die Bayern denn noch nicht im Anzuge seien.“

„Biel auf einmal,“ meinte der Hauptmann lächelnd, „doch soll der Herr General zufrieden sein — wir sind nicht müßig gewesen und haben indessen unsere Stellung besser gesichert. Ueber die Stellung der Reichstruppen wird Joseph schon jetzt in Hünningen berichtet haben; ich schickte ihn diesen Morgen hinaus, und Ihr solltet Euch wohl mit ihm gekreuzt haben.“

„Ich sah ihn nicht, ich mußte über Basel, und er ist vielleicht bei Klein-Hünningen hinüber. — Aber wißt Ihr nichts von den Bayern?“ „Nicht das Geringste — dagegen erwartet man, wie ich erfuhr, im Reichslager den Markgrafen Ludwig. — Doch, um Euch Alles zu sagen, damit Ihr Euch darnach richtet,“ sagte er jetzt hinzu und lächelte dabei. „Ihr müßt mich als einen reichen Vater ansehen, der das nette Wirthstochterchen in Tällingen heirathen will. — Ihr zuckt die Achseln, Louis,“ unterbrach sich der Hauptmann, „als sich sein Mißgeschick über diese Nachricht nicht sehr erbaute zeigte, und doch müßte ich diese List gebrauchen, um keinen Verdacht zu erregen. Die Leute sind gar mißtrauisch, und selbst im Hause hatte mich der Knecht mit gar eigenen Augen angesehen. Jetzt aber ist unser Rufenshalt gesichert und erklärt; der Alte hat mir seine Tochter zugesagt.“

„Was — und Ihr wüßtet?“

„Heirathen, meint Ihr, Louis!“ lachte der Hauptmann, „eher mor-

gen, eher heute noch, als später — wißt Ihr auch, daß der alte Meyer ein reicher Kauz ist? — Man sieht's ihm nicht an, he! aber seine Geldkiste ist gut gepflegt. — Aber ich will dafür nicht meinen Dienst aufgeben, — bewahre! Ich bringe nur, nachdem die Hochzeit da oben vollzogen, mein Weibchen hinunter nach Basel, und da soll der Dienst keinen Augenblick leiden; im Gegentheil, die Bekannschaften des Alten werden, ohne daß er selbst etwas davon bemerkt, uns dienstbar sein.“

„Ihr habt eine sonderbare Art, Euch einzurichten, und ich weiß nicht, ob der General das Alles billigt. Aber da es einmal so ist, so könnt Ihr auf mich zählen.“

Der Hauptmann sah wohl, daß des Mißgeschicks scharfes Auge mißtrauisch an ihm hing, und daß in dem Innern desselben ein kaum zu verbergendes Mißtrauen Platz gefaßt; allein er that, als ob er es nicht bemerkte, und Beide gingen nach dem Orte hinaus.

Es war indessen spät geworden und die Wirthstochter hatten die „Sonne“ zum größten Theile verlassen. Der Hauptmann und sein Begleiter zogen es vor, in ihrer Stube zu Nacht zu speisen, wo auch der Erstere von dem Vater Mariamens die definitive Antwort auf seinen Antrag erwartete. Louis, ganz seiner Rolle getreu, die ihm der Hauptmann gegeben, benachrichtigte deshalb den Wirth als Verwalter des gnädigen Herrn, daß der Herr Graf, der noch den Abend Briefe zu schreiben habe, auf seinem Zimmer speisen wolle; aber sicher darauf zählte, daß ihm der Herr Wirth Gesellschaft leiste. Louis, sonst so ernst, lachte in sich hinein, als er hierauf die Stiege hinaufsteigte, dem Hauptmann nach.

(Fortsetzung folgt.)

Im nächsten Monat wird Weimar einen interessanten Theatertag haben. Aus einer Mittheilung der „Weim. Ztg.“ ersehen wir, daß Dingstedt beabsichtigt, dort am 11. Nov. als Nachfolger für Schiller's Geburtstags den Wallenstein zum ersten Male in zusammenhängender Darstellung der drei Abtheilungen aufzuführen. Wallenstein's Lager wird von 11—12 Uhr Vormittags, die Piccolomini von 2—4 Uhr Nachmittags, und Wallenstein's Tod von 6—10 Uhr Abends gegeben werden.

treffenden Erfolg den besten Lohn ihrer Anstrengungen gefunden haben; sie mögen aber auch die Aussprache der dankbaren Anerkennung nicht verschmähen, zu der wir uns unter dem Eindruck gedrun- gen fühlen, welchen die Berichte unserer Deputirten in uns hervorge- bracht haben. In diesem Gefühl des Dankes wissen wir uns einig mit allen anderen Städten, die es sich nicht verlag haben, das seltene Glück eines solchen Festes zu genießen. Mit ihnen leben wir zugleich der Zuversicht, daß das erstarkende Bewußtsein von der Bedeutung deutschen Städtelebens, welches in dem Feste einen unzweideutigen Aus- druck gefunden hat, für die großen Endziele deutscher Nation seine Früchte tragen wird. Wie fern oder wie nah die Erreichung dieser Ziele liegen möge, die Tage des 18. und 19. Oktobers haben bewiesen, daß unserm Volke der nationale Stolz — die unentbehrliche Voraus- setzung politischer Macht und Geltung — nicht fehlt; daß es den Dank gegen diejenigen, die mit ihrem Blute den Grundstein unserer Unab- hängigkeit und Einheit gestiftet haben, im tiefsten Herzen trägt; daß der Entschluß, diesen Grundstein zu hüten, und den Bau, zu dem er gelegt ist, „in treuem Ausbarren“ auszuführen, immer fester, immer lebendiger wird. Diesem seiner selbst von Tage zu Tage gewisser wer- denden Willen, diesem treuen Ausbarren kann der „endliche Sieg“ nicht fehlen. So sehen wir mit fester Zuversicht dem Tage entgegen, an welchem das Denkmal, welches auf Leipzigs Wahlstatt zum Gedäch- niß des theuer erkauften Sieges sich erheben soll, auf ein Volk herab- schaut, das in seiner Einigkeit die Macht gefunden hat, die Güter seines nationalen Lebens vor fremdem Einbruch sicher zu stellen und in seiner Freiheit die Möglichkeit, sich zur höchsten Blüthe zu ent- wickeln.

Berlin, den 23. Oktober 1863. Der Magistrat und die Stadt- verordneten der hiesigen Haupt- und Residenzstadt. Seydel. Kochmann.

Leipzig, 27. Okt. Gestern fand die Wahl eines Landtags- Abgeordneten der Universität statt; dieselbe fiel auf den Hof- rath Prof. Dr. Ahrns, der sich zur Annahme der Wahl bereit erklärte.

Dresden, 27. Okt. (D. A. Z.) Heute wurde im siebenten städtischen Wahlbezirk (Pirna) Advokat Schreck (Kandidat der Fortschrittspartei) mit 27 gegen 17, die auf Staatsanwalt Gareis fielen, zum Abgeordneten, Bürgermeister Hartung (ebenfalls zur Fortschrittspartei gehörig) mit 41 Stimmen zum Stellvertreter (Beide sogleich in der ersten Abstimmung) gewählt.

Dresden, 27. Okt. Das offiziöse „Dresd. Journ.“ faßt die Nürnberg'schen Beschlüsse in der Hauptsache in folgende zwei Punkte zusammen: 1) Festhalten an der Reformate, wie sie in Frankfurt vereinbart worden ist; 2) Uebereinkommen darüber, daß das österreichische Kabinett, antwärtend an das Schreiben des Königs von Preußen vom 22. Sept., welches eine Verständigung mit Oesterreich allein zunächst in Aussicht nimmt, die Rückantwort erlasse, vorbehaltlich einer Unterstützung derselben durch die andern Regierungen. Dann fährt das genannte Blatt fort:

Wenn in einigen Zeitungen die kurze Dauer der Konferenz gewisser- maßen als ein überraschendes und auffallendes Zeichen betrachtet und angeführt wird, die Konferenz sei schneller zu Ende gegangen, als die Teilnehmer an derselben vor deren Beginn selbst hätten vermuthen können, so mag hier beiläufig bemerkt sein, daß diese letztere Behauptung völlig unrichtig ist, indem für die Konferenz gleich von vorn- herein nur eine Dauer von wenigen Tagen in Aussicht genommen war, da für eine längere Vereinigung gar kein hinreichendes Ver- handlungsmaterial vorlag.

Hannover, 27. Okt. (Fr. Z.) Die Verhandlungen der Borshynobc rücken sehr langsam vorwärts; kaum, daß täg- lich ein oder zwei Paragraphen des Entwurfs in den mehr- stündigen Sitzungen erledigt werden. Hauptschuld daran sind die ausführlichen und salbungreichen Reden der Geist- lichen, welche die Gewohnheit von der Kanzel in diese Ver- sammlung mit hinübergenommen haben.

Von der Elbe, 26. Okt. (Hamb. Nachr.) Dänemark setzt seine kriegerischen Vorbereitungen ununterbrochen fort. Die Schlagfertigkeit der dänischen Armee ist zur Vollen- dung gebracht, und in den Verteidigungsanstalten am Dan- newerk und an der Eider Alles gethan, was möglich ist. Auf die Befestigung der Städte Husum und Friedrichstadt ist die Armirung der Schanzen gefolgt, und man erwartet hier so- gar auch, daß die am diesseitigen Eider-Ufer belegenen Schan- zen armirt werden. Auch wird erzählt, daß die Niederungen an der Eider und Trene unter Wasser gesetzt werden sollen; ja man ist hier vollkommen darauf gefaßt, daß auch am hie- sigen Ufer das den Schanzen zunächst belegene Terrain durch Schließung der Schleusen inunndirt werden wird.

Hamburg, 27. Okt. (Nat.-Ztg.) An einem der nächsten Tage findet in Pinneberg eine Versammlung holländischer Beamten unter Vorhitz des Hrn. v. Scheel statt, um über ein gleichmäßiges Verhalten sämmtlicher Beamten Angesichts der Exekution die nöthigen Entschlüsse zu fassen. Oberst Stockfleth, der Kommandant von Altona, hat schon seine Ef- fetten zur Abreise nach Kopenhagen packen lassen. Ebenda- hin wurde gestern der Direktor der Eisenbahnen plötzlich tele- graphisch beschieden und reiste derselbe sofort ab.

Berlin, 28. Okt. Wie in Sachsen und Hannover zur Aufstellung der Exekutionstruppen, so sind auch in Preußen und Oesterreich zur Konzentrirung der Reservetruppen bereits alle nothwendigen Vorbereitungen in's Werk gesetzt. Außerdem haben die Regierungen von Oesterreich, Preußen, Hannover und Sachsen Kommissäre ernannt, welche dem- nächst in Frankfurt a. M. zusammentreten sollen, um alle bei der Exekution in Erwägung kommenden militärischen Maß- nahmen festzustellen. Wie eine auch anderweit bestätigte Nachricht der „Spener. Ztg.“ besagt, ist von preussischer Seite dem Chef des Generalstabs der Armee, Generalleutnant v. Moltke, dies Kommissorium übertragen worden. — Der Ministerpräsident v. Bismarck empfing gestern die Ge- sandten von Hannover, Bayern und Württemberg. Wie es heißt, haben die Unterredungen mit denselben Angelegenheiten des Zollvereins zum Gegenstand gehabt. — Se. Maj. der König traf gestern Abend gegen 11 Uhr von Stralsund hier wieder ein. Heute Mittag reiste Se. Maj. in Begleitung der Prinzen Karl, Albrecht und Friedrich Karl, sowie der Fürsten

Wilhelm und Boguslaw Radziwill nach Schloß Blankenburg ab, um daselbst an den von dem Herzog von Braunschweig veranstalteten Jagden Theil zu nehmen. Der Prinz August von Württemberg hat sich schon gestern nach Blankenburg begeben. Die Rückkehr des Königs von dort steht am Samstag Abend zu erwarten. — Wie verlautet, wird Ihre Maj. die Königin Augusta zum 19. Nov. von Koblenz nach Berlin zurückkehren.

Berlin, 28. Okt. Die hiesigen Abgeordnetenwahl- len sind so ausgefallen, wie es zu erwarten war. Die H. H. Taddel, Waldeck, Heyl, Runge, Jacoby, Schulze-Delitzsch, Diesterweg, Rüning und Temme wurden mit geradezu impos- santen Majoritäten gewählt. Während die Zahl der Stim- men, welche auf die Genannten fielen, für jeden Einzelnen über 400 hinausgeht, hatten die Konservativen und die Alt- liberalen nirgendswo 100 Wahlmänner auf ihrer Seite. Am dürftigsten wurden von den konservativen Kandidaten die H. H. Wöniiger und Krausnick unterstützt. Im ersten Wahlbezirk gingen beim dritten Wahlgang Heyl-Krausnick, Sauten-Ju- liensfelde mehrere konservative Wahlmänner von Krausnick ab und stimmten für Sauten. Taddel erhielt nicht nur die Stim- men der Fortschrittspartei, sondern auch die aller Altliberalen. Ebenso Schulze-Delitzsch und Diesterweg. Der Sieg war in allen vier Wahlbezirken der Fortschrittspartei ungewöhnlich leicht gemacht worden. Keine andere Partei konnte gegen sie aufkommen.

Telegraphischen Mittheilungen nach wurden ferner gewählt: Hr. v. Bärst, Keffe, v. Sauten-Larupfchen, v. Carnall, Niemann, v. Unruh, Voigtel, Kloss, Parrissus (Brandenburg), v. Diebrichs, Stavenhagen, Berger, v. Kirchmann, Pfänder, Papitz, Bering, Kyll, Prince-Smith, Roggen, v. Sybel, Re- verchon (sämmtlich zur Fortschrittspartei gehörend und wieder- gewählt). Waldeck siegte auch in Bielefeld. Zur konservati- ven Partei gehören: v. Gottberg, v. Denzin, v. Blanten- burg (Beide zweifelslos), Graf v. Strackwiz, Graf v. Blumen- thal-Sudow, Kraß, v. Elsner, v. Koon, Hahn, Wegel (Katho- lisch). Zur liberalen Partei gehören weiter Schollmeier, v. Bonin, Wähler, Frech, Pannier, Graf Haacke.

Aus **Wien**, 26. Okt., wird der „Allg. Ztg.“ berichtet, daß in der Frage der Bundesreform-Akte „die bisherige Korrespondenz von Souverän zu Souverän als abgeschlossen zu betrachten ist, und daß der fernere Schriftwechsel in dieser Angelegenheit einfach von Kabinett zu Kabinett geführt werden wird.“

Wien, 27. Okt. In der heutigen Sitzung des Herren- hauses erschienen zum ersten Male die Mitglieder aus Sie- benbürgen. Der Präsident begrüßte sie mit einer schwung- vollen Rede, auf welche der Bischof Schaguna antwortete.

In der gefrigen Abend Sitzung des Finanzausschusses sollte über den Bericht des Abg. v. Skene bezüglich des Nothstands-Anlehens beraten werden. Hr. v. Skene verlas auch seinen Bericht. Jedoch wurde zunächst die Frage erhoben, ob der Hr. Hofkanzler Graf Jorgach eingeladen wor- den sei? Der Zustellungsbogen wies die geschehene Einla- dung aus. Dr. Gistra hob hervor, daß es sich hier um die Bewilligung eines Kredits für die ungarische Hofkanzlei handle, daß auch der Hofkanzler und der Finanzminister mit der Vollziehung des vorliegenden Gesetzes beauftragt seien; daher die Frage berechtigt sei, ob sich auch der ungarische Hof- kanzler dem gegenwärtig versammelten Gesamts-Rathsrathe für verantwortlich halte? Es wurde sogleich eine Zuschrift des Grafen Jorgach vorgelesen, mit welcher Hofrath v. Papay in den Ausschuss zur Unterstützung des Finanzministers in Ertheilung sachlicher Aufschlüsse entendet wurde. Nachdem aus dieser Zuschrift ersichtlich war, daß Hr. v. Papay nicht bevollmäch- tigt sei, als Vertreter des Hofkanzlers zu fungiren, so wurde nach einer lebhaften Debatte, in welcher sich die H. H. Herbst, Schindler, Kuranda, Hopfen, Demel im gleichen Sinn für das Erscheinen, und eventuell Stellvertretung des Hrn. Hof- kanzlers aussprachen, der Beschluß gefaßt, den Hrn. Hof- kanzler, nachdem laut Zuschrift desselben dem Rechte des Ausschusses nach §. 7 der Geschäftsordnung nicht entsprochen ist, durch das Präsidium für Donnerstag Nachmittag in den Finanzausschuss einzuladen. Bis dahin wurde die meritorische Berathung vertagt.

Gleich nach der gefrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses versammelte sich der Finanzausschuss, ebenfalls zu einer Sitzung, in welcher das Budget des Ministeriums des Neußen zur Berathung kam. Es wurde beschlossen, das Erforderniß für das Zahlanst dieses Ministeriums nicht mehr als ordentliches, sondern nur mehr als außerordentliches zu bewilligen. Weiter wurden die Bezüge des österreichischen Gesandten beim König Beider Sizilien gestrichen und wurden die Dispositionsgeldgebühren bewilligt, und von den Funk- tionszulagen des Botschafters in Rom wie in den Vorjahren 20,000 fl. gestrichen. Das Budget des Ministeriums des Auswärtigen wird noch eine Sitzung des Finanzausschusses in Anspruch nehmen.

Italien.

Neßina, 27. Okt. Der König Georg von Grie- chenland ist heute früh hier eingetroffen, von den Zivil- und Militärbehörden empfangen worden, und am Nachmittag um 4 Uhr weitergereist.

Frankreich.

Paris, 28. Okt. Die H. H. Rouher und Drouyn de Lhuys haben fast täglich lange Konferenzen mit dem Kaiser. Es ist anzunehmen, daß es sich bei Ersterem um Informationen für die an Stelle des Hrn. Billault über- nommene Rolle vor den Kammern und für Letzteren um die schwebenden Verhandlungen wegen Polens, um die schließliche Abfassung des „Gelbbuches“ u. dgl. handelt. Was die pol- nische Frage betrifft, so meint die „Indep. belge“, daß wenn bis zum 5. Nov. eine Verständigung mit den Mächten nicht erzielt werden sei, der Kaiser „des langen Haders müde“, in seiner Thronrede mittheilen werde, daß Frankreich darauf verzichten müsse, für Polen Etwas durch Waffenge-

walt zu verlangen, und es auf „gütlichem“ Wege mit Ruß- land versuchen werde.

Die Kaiserin, welche gestern Abend 5 Uhr Valencia verlassen konnte, wird auf morgen in Toulon erwartet. Die Ueberfiedlung des Hofes nach Compiegne wird in den nächsten 14 Tagen erfolgen. Obgleich bis zur Zeit, wo der Hof sich nach Fontainebleau begibt, noch eine geraume Weile zu ver- streichen hat, ist — dem „Sport“ zufolge — bereits von den glänzenden Festen die Rede, zu welchen die Anwesenheit der Königin von Spanien Anlaß geben soll, die in dieser Resi- denz den Besuch der Kaiserin in Madrid erwiedern soll. — General Montebello ist nicht, wie die Zeitungen melden, bereits nach Rom abgereist, sondern nach Toulouse, wo seine Gemahlin schwer erkrankte. Erst von dort aus wird der General sich auf seinen Posten begeben. — Der Kampf um den bei der Akademie erledigten Stuhl des Hrn. Alfred de Vigny wird sehr lebhaft sein; die beiden Kandidaten, welche die meiste Aussicht auf Erfolg zu haben scheinen, sind Hr. Autran, ein Marceller Dichter, und Hr. Jules Janin. — Während der Gesetzgebenden Session wird, wie man sagt, der „Moniteur“ auch in einer Abendausgabe erscheinen. — Der neu ernannte Oberkommandant der Nationalgarde, General Melinet, beabsichtigt eine Reorganisation und gewisser- maßen Reaktivierung dieses Korps, zu welchem künftig auch die in Frankreich verweilenden Fremden unter denselben Be- dingungen wie die Inländer zugezogen werden sollen. — Die Gemahlin des General Bazaine, Kommandanten von Merito, ist in Paris gestorben. — Das Projekt eines „Paris port de mer“ soll nun, scheint es, wirklich zur Aus- führung kommen. Die Compagnie Sabattie ist gebildet, und das erforderliche Kapital von 200 Millionen im Auslande aufgebracht. Der Kanal, 46 Meter breit und 8—10 Meter tief, soll über Beauvais und Neufchatel nach Dieppe gehen. Der Handelshafen würde zwischen St. Denis und St. Ouen mit einem Aufwand von 40 Millionen angelegt werden; den Kriegshafen baut der Staat. — Die „Patrie“ greift heute die englische Politik heftig an, weil sie eine Rechtsfrage in der dänisch-deutschen Angelegenheit sieht, die ihre Krämer- interessen bedroht, und nicht dieselbe Rechtsfrage in Polen und Amerika erblickt. Die „Patrie“ sieht in dieser Politik die Anzeichen des Verfalls. — Die Börse war sehr flau. Rente verl. den 67er., Mob. den 1100er. Man fürchtet eine Discontocorrection für morgen, und überdies ließ Rothschild starke Posten in Lyon, Marseille und Bordeaux ver- kaufen.

Spanien.

Madrid, 27. Okt. Als die Königin sich von der Kaiserin Eugenie verabschiedete, verkehrte sie ihr ein Arm- band, welches in Diamanten und Rubinen die Inschrift reuerdo (Andenken) trägt.

Baden.

* Karlsruhe, 29. Okt. Heute Vormittag hat in der evange- l. Stadtkirche die Kirchgemeinde-Versammlung beauftragt die Pfarrwahl stattgefunden. Mit eminenter Mehrheit wurden gewählt: für die vierte Pfarrstelle Hr. Pfarrer Frommel und für die fünfte Pfarrstelle Hr. Pfarrer Bittel, Beide Pfarrverweiser dahier.

Vermischte Nachrichten.

— Linbau, 26. Okt. Man schreibt der „Burg. Ztg.“: „Im Lauf der vorigen Woche hielt der Abgeordnete des k. k. Handelsmi- nisteriums, Hr. Dr. v. Malý, in der benachbarten Grenzstadt Bregenz Berathungen in Betreff des Baues der projektierten Bodenseebahn, und nahm für Herstellung des Tracé in der Richtung von letzterer Stadt nach dem schweizerischen Grenzort Rheineck die ausgedehntesten Erhebungen an Ort und Stelle vor. Zur Zeit weilt der Abgeordnete zur Verständigung mit der Kantonalregierung von St. Gallen in dieser Stadt. Nach den bisherigen Vereinbarungen in dieser Angelegenheit steht die baldige Bewilligung des für die Handels- und Verkehrs- interessen so wichtigen Unternehmens, das südbayrische und schweizerische Schienenweg durch die Umfassung des obern Seesgestades zu verbinden, bald in Aussicht. Nach Beendigung der Verhandlungen in Bregenz, St. Gallen und hiesiger Stadt wird sich der österreichische Abgeordnete nach Wien zu sofortiger Berichterstattung begeben und finden dann Kon- ferenzverhandlungen sämmtlicher Abgeordneten der beim Bahnbau betheilig- ten Staatsregierungen zu München statt.“

— Wiesbaden, 26. Okt. Zum Schöppler'schen Pro- zesse finden wir in einem Mainzer Blatt ohne Angabe der Quelle folgendes: Es waren in neuerer Zeit Flugblätter in Mainz verbreitet worden, Flugblätter, in welchen namentlich der Bischof v. Ketteler insul- tirt und mit dem Tode bedroht war. Diesen Produkten fehlte namentlich jede Druckorts-Bezeichnung. Die Mainzer Polizeibehörde stellte deshalb Nachforschungen an und setzte sich auch u. A. mit der hiesigen Polizeidirektion in Verbindung, deren Vorkand, nachdem er die Druck- schriften geprüft hatte, sofort die Vermuthung aussprach, dieselben seien wahrscheinlich in der Druckerei zu Biebrich angefertigt worden. Hr. Polizeidirektor v. Köhler verfügte sich deshalb mit dem Mainzer Hrn. Polizeikommissär Leichtweis nach Biebrich, überzeugte sich, dort an- gekommen, sofort, daß die Flugblätter, was Druck und Papier anbe- trifft, die auffallendste Ähnlichkeit mit der Biebrich-Rosbacher „Tages- post“ haben, und brachte auch sehr bald den Herausgeber dieses Blattes zum Geständniß, daß er die Flugblätter gedruckt habe. Ein Unbekannter, der von einem Matrosen des Dampfschiffes „Adolph“ in die Druckerei gewiesen worden, habe sie bestellt, bezahlt und den Auftrag ertheilt, die- selben jemand auszuliefern, der in einigen Tagen sie abholen und durch ein besonderes Kennzeichen sich legitimiren werde. Nachdem dieses Geständniß abgelegt worden, wurde der Drucker der Biebrich-Rosbacher „Tagespost“ nach Mainz begleitet, um dort den Unbekannten auffinden zu helfen, und es gelang auch sehr bald, den Matrosen des Dampf- schiffes „Adolph“ ausfindig zu machen, welcher, ein nassauischer Soldat, auf Befragen, ob er den Buchdrucker L. Kanne und wann er denselben zum letzten Mal gesehen, erklärte, er kenne den L. und habe ihn vor einigen Tagen zum letzten Mal gesehen, als er einen Herrn Abends in dessen Druckerei gesehen habe. Ferner befragt, wer der Herr gewesen sei, erwiderte er, der Uhrmacher Schöppler von Mainz.

Frankfurt, 28. Okt. Heute Vormittag, kurz nach 10 Uhr, wurde in den schönen Räumen unseres „Saalhauses“ die zweite Gen- eralversammlung des großdeutschen Reformvereins

durch Hrn. v. Lerchenfeld mit einer Ansprache eröffnet, worin er sich gegen jene Richtung aussprach, welche die deutsche Frage dadurch lösen zu können glaube, daß der Großstaat Oesterreich aus Deutschland hinausgedrängt werde. Das sei ein eben so großes Uebing, wie ein Deutschland ohne Preußen (Weisfall). Auf Vorschlag des Hrn. v. Sager n wird Hr. v. Lerchenfeld zum Vorsitzenden ernannt; derselbe erwählt sich zu Vizepräsidenten die H. Obergerichtsdirektor Witte aus Hannover und Hrn. v. Barnhäuser aus Stuttgart. Sodann wurde zur Verlesung des folgenden Programms geschritten.

I. Die Versammlung erkennt in der Berufung und dem Zusammentritt des deutschen Fürstentags, woraus die Reformakte hervorgegangen, eine patriotische That.

II. Die Versammlung erkennt nämlich in der Reformakte eine geeignete Grundlage für die Entwicklung der Verfassung Deutschlands zu freier Einheit und größerer Freiheit, und spricht sich für deren Annahme aus.

III. Die Versammlung hofft, daß alle Regierungen und Landesverwaltungen, welche bei dem Abschluß der Bundesreform für das gesammte Deutschland mitzuwirken haben, der Folgen eingedenk sein werden, welche eintreten müssen, wenn sie die Zustimmung zu der Reformakte entweder verweigern oder an unzulässige Bedingungen knüpfen.

IV. Die Versammlung billigt, daß zur Herstellung der noch fehlenden Einigkeit jedw. mit dem Grundgedanken der Reformakte vereinbare Entgegenkommen haltende; sie empfiehlt aber, daß auch bei noch nicht gelöstem Gegenstände die Durchführung der Reformakte innerhalb der Grenzen des bestehenden Rechts, namentlich durch baldige Berufung der Abgeordneten der geeinigten Staaten gefördert werde.

V. Insofern eine Revision der Reformakte eintreten sollte, empfiehlt die Versammlung dringend folgende Verbesserungen:

1) Die Wiederherstellung des Art. 14 der Reformakte (Feststellung des Bundes-Finanzhaushalts) in seiner ursprünglichen Fassung.

2) Die Wiederannahme des Grundgesetzes (Art. 11), daß bei Änderungen der Bundesverfassung und Zusätzen zu derselben 17 Stimmen unter 21 genügen.

3) Festsetzung einer zweijährigen Periode für die regelmäßigen Versammlungen der Bundesabgeordneten anstatt einer dreijährigen.

4) Die Aufnahme einer Bestimmung, wodurch die regelmäßige Thätigkeit der Versammlung der Bundesabgeordneten auch in dem Falle der Auflösung derselben gesichert wird, namentlich durch Feststellung des Grundgesetzes, daß die Neuwahlen binnen bestimmter Zeit vorzunehmen sind.

Frankfurt a. M., 27. Okt. 1863. Der Ausschuss des deutschen Reformvereins, v. Lerchenfeld, v. Sager n, Dr. Adam. — Dr. Brinz. — F. Z. Frommann. — H. v. Sager n. — Dr. Goldmann. — Dr. Großmann. — Dr. Heydenreich. — Freiherr v. Köhling. — Freiherr v. Barnhäuser. — Dr. v. Wäcker. — Konsul Wiener. — Witte.

Hr. v. Heydenreich begründet vorsehendes Programm näher, indem er u. A. bemerkt: Die unter V. gestellten Anträge seien vollständig mit dem Grundgedanken der Reformakte übereinstimmend. Zur Erreichung des Zweckes, welchen die Stifter der Reformakte im Auge gehabt, sei Einmütigkeit zu Abänderungen und Zusätzen nicht möglich, denn man könne eine solche Bestimmung leicht zu Schanden aller Art bringen. Die Thatsache, daß die deutsche Nation durch die Reformakte auf die politische Weltbühne eingeführt werde, indem alle ihre Glieder sich organisch zusammenschließen; die Thatsache ferner, daß diesem Deutschland das unbeschränkte Petitionsrecht in allen gemeinsamen vaterländischen Fragen gegeben werde: das sei der ebelste Kern der Reformakte. Was solle man dazu sagen, wenn eine andere Partei der Nation feierlich erkläre, die Reformakte lasse alle Bedenken bestehen und viele nichts Neues? Die Delegiertenversammlung sei allein die dem gegenwärtigen Zustand angemessene Vertretung. Eine aus direkten Wahlen hervorgegangene Volksvertretung würde in ihrer Isolierung von allen sie umgebenden übrigen staatlichen Organisationen entweder bei sehr weitgehenden Ansprüchen, die sie erhebe, von einer realen Kompetenz geschlagen werden, oder sich zu einem Revolutionsinstrumente ausbilden müssen. Wenn auch nicht Alles aus der Reformakte sofort durchgeführt werden könne, so doch die Hauptfachen in einer Sondervereinigung, die sich von der ehemaligen Union durch den Allen offenen Zutritt unterscheidet. Die Krisis unserer nationalen Entwicklung, in welcher sich entscheiden müsse, ob wir vorwärts oder rückwärts gehen, ob wir gesallen oder ob wir uns in Ehre und Treue wieder inniger vereinen wollen, sie könne möglicher Weise verschoben, erpart könne sie nicht werden. Sie könne es nicht, wenn man es auch über sich gewinnen würde, dahin mitzuwirken, daß unsere demagogischen nationalen Bestrebungen abermals erstickt werden und dem Ausland als die lächerliche Arbeit eines ewig schwagenden Volkes erscheinen solle.

Krauß aus Bensheim stellt darauf im Namen des dortigen Reformvereins Anträge, die im Wesentlichen dahin gehen: 1) Die von Preußen beantragte Parität mit Oesterreich sei dahin auszugleichen, daß Oesterreich das ständige Präsidium im Bundesdirektorium und Preußen im Bundesrat übernimmt; 2) daß von einem veto Preußens und Oesterreichs völlig Umgang genommen wird; daß dagegen Oesterreich und Preußen im Bundesdirektorium statt 1 Stimme je 3 erhalten, während die übrigen Staaten 4 Stimmen behalten, und daß im Bundesrat Preußen und Oesterreich statt 3 je 4 Stimmen zählen und daß darin statt 21 künftig 23 Stimmen entscheiden, und daß Preußen und Oesterreich je 90, die übrigen Staaten zusammen 122 Bundesabgeordnete wählen; 3) daß es statt der von Preußen verlangten direkten Wahlen zum Parlament den einzelnen deutschen Bundesstaaten überlassen werde, ob sie ihre Bundesabgeordneten direkt aus dem Volk oder indirekt aus den Ständekammern wählen wollen; 4) Art. 11 des Verfassungsentwurfs sei wieder dahin abzuändern, daß Gesetzesvorschläge, welche eine Abänderung der Bundesverfassung enthalten u., im Bundesrat künftig keine Einheitsstimme nötig haben, sondern daß hierzu mindestens 17 Stimmen erforderlich werden.

Hr. Brinz aus Wien hebt hervor, daß in der Reformakte der deutschen Nation keine Spitze aufstrotzen werde. Wenn irgend ein Gefühl, so sei das den Deutschen unentzählich, daß irgend eine Regierung keine Spitze bilde, geschweige denn, daß irgend ein Volk in Deutschland als Führer der übrigen Völker anguerkennen sei. Redner erklärt im Namen der in der Versammlung anwesenden Oesterreicher, es sei ihre Ansicht, daß die deutschen Fürsten eine Verpflichtung gegen das deutsche Volk hätten, daß auf Grund dieser Verpflichtung Schulden an die Nation erwachsen seien, daß der Fürstentag einen Anfang gemacht habe, an dieser Schuld abzutragen, und daß darum der Schritt des Kaisers von Oesterreich aus vollem Herzen zu begrüßen sei. — Hr.

Je hmen aus Leipzig spricht über die Leipziger Schlacht und ihren Wahrspruch an die deutsche Nation. (Positiv.)

Auf den Gallerien sind nur wenige Zuhörer; in den Logen befindet sich ein Hehl unserer Diplomatie. Die Versammlung zählt nach der Präsenzliste 442 Mitglieder.

Frankfurt, 28. Okt. Im weiteren Verlauf der Versammlung des großdeutschen Reformvereins nahm v. Wäcker aus Freiburg das Wort. Er bezeichnet als unverständliche Gegensätze großdeutsch und kleindeutsch; es handle sich nur noch um Sieg oder Niederlage. So abenteuerlich auch der kleindeutsche Gedanke sei, so herrsche er doch vielfach; und wo er nicht herrsche, verjage man alle Mittel, ihn dem widerstrebigen Volke einzupflanzen. In Preußen selbst sei der Gedanke, über Deutschland zu herrschen, ein selbstverständlicher. Darin treffe Bismarck mit allen Schichten des preussischen Volks zusammen, daher der türkische Haß gegen Oesterreich, selbst in den Ständekammern. Das Wort „ultramontan“, womit man uns und unsere Presse verfehmt, ist der Popanz, den man hinstellt. Ultramontan sind wir, weil wir jede Festhaltung Deutschlands für ein Verbrechen halten, weil wir Sachsen, Hannover u. s. w. nicht für Ländchen zur Ausfüllung der preussischen Monarchie halten, weil wir nur einen Staatenbund und nicht einen Bundesstaat, weil wir eine Verfassung gründen wollen, die für Jeden einen Platz hat, weil wir eine kollegiale Zentralgewalt und keine einseitige Spitze wollen. Selbst ist es, daß sich gerade sog. Demokraten gegen eine wahrhaft republikanische Einrichtung, wie die kollegiale Zentralgewalt, erklären. Wenn in dem Umstand, daß eine Verfassung Mängel hat, Berechtigung liegt, sie zu verwerfen, so kann nie eine Verfassung zu Stande kommen. Rücklicher Weise gestattet Art. 11 der Bundesverfassung Bündnisse jeder Art, wären sie nur nicht gegen die Sicherheit des Bundes oder einzelner Staaten gerichtet. Preußen werde sich dagegen auflehnen, obgleich es selbst eine Union versucht hat und noch versucht. Rime eine Union einzelner Staaten mit Preußen zu Stande, so geschähe es in der Absicht, andere auszuschließen; komme sie ohne Preußen zu Stande, so liege der heilige Wunsch zu Grunde, daß Preußen seinen Ehrenplatz annehme. Union, von Preußen ausgehend, sei ein Abweg; Union, von Oesterreich ausgehend, nur ein Umweg. Daher sei mit allen Mitteln auf die Einberufung der ersten Abgeordnetenversammlung und Durchführung der Reformakte zu wirken.

Bärens aus Hannover nimmt seinen Ausgang von der Leipziger Feier und hält eine gewaltige Philippica gegen den Nationalverein und dessen Tendenzen. Der Genius, welcher diese Schlacht geschlagen, sei kein kleindeutscher gewesen. Die Annahme der Reformakte sei die einzige wahre und würdige Geste der Leipziger Schlacht. Stein's Gebanke vom Vaterlande sei der des Reformvereins, der Geist Haugwizens der des Nationalvereins.

Krauß aus Oesterreich: Wer einen praktischen Erfolg der Bundesreform wünsche, müsse die Reformakte annehmen, wie sie ist; wer gegen die Delegiertenversammlung sei, möge sich das österreichische Parlament verzeihen, das auch aus Delegiertenwahlen hervorgegangen. Man habe gewünscht, daß die nach Frankfurt kommenden Oesterreicher sich darüber aussprechen, wie sie sich das Verhältnis der Februarverfassung zu Deutschland dächten. Die Februarverfassung gebe hierauf selbst die beste Antwort, indem es in ihr heiße, daß sie auf verfassungsmäßigem Wege reformiert werden könne.

v. Kerstorf spricht für Kollektivierung mit Gesamtösterreich auf Grund des Februarvertrages von 1853 und der österreichischen Vorschläge von 1862. Was in München beschlossen sei, müsse in Berlin zur That werden. Der eventuelle Sonderbund müsse auch das Zoll- und Handelswesen umfassen; auch diesbezüglich müsse rasch gehandelt werden. Der Genius der Nation werde hoffentlich noch verheißt, daß die große nationale Schöpfung des Zollvereins zerfalle. Gott erleuchte Preußens Regierung und Volk!

Nachdem noch Bader aus Freiburg den Wunsch ausgesprochen, daß die Fürsten die Reformakte Deutschland strotzen, wird zur Abstimmung geschritten und Art. 1. des Ausschussentwurfs einstimmig, Art. II. gegen 1 Stimme, Nr. III. einstimmig, Nr. IV. einstimmig, Nr. V. 1 und 2 einstimmig, 3 mit großer Mehrheit, und 4 einstimmig angenommen. Der krauß'sche Antrag wurde hierauf zurückgezogen.

v. Krieger's Mandel aus Bamberg beantragt sodann, daß, falls das Delegiertenprojekt sich nicht realisiere, der großdeutsche Verein sich wenigstens dem Parlament, aus direkten Wahlen hervorgegangen, nicht widerlege. Neben seien genug gehalten; er frage aber, welche nationale That habe der großdeutsche Verein bis heute gethan? Er habe nur gefunden, daß der deutsche Reformverein der Schleppträger des Particularismus sei. (Rufe: „Weisheit!“ — Unruhe.) Sein Antrag kommt nicht zu Abstimmung.

Dr. Kreuzberg aus Prag beantragt: „Die Versammlung wünscht, daß auf Grundlage der reformirten Bundesversammlung auch dem dringenden Bedürfnis der wirtschaftlichen Einigung Deutschlands durch Erweiterung des Zollvereins entsprochen werde. Als wirksame Vorbereitung hierzu erscheint es höchst zweckmäßig, behufs innerer Erweiterung den bereits vorläufig abgeschlossenen und in voller Geltung bestehenden Vertrag durch die nächste Zollkonferenz so zu gestalten, daß die bisherigen Handelsbeziehungen stärker befestigt und vermehrt werden.“ Der Antrag wird fast einstimmig angenommen und die Versammlung hierauf geschlossen.

Donau'schinge n, 28. Okt. In Ihrem gestrigen Blatte Nr. 252 hat der frühere Hr. Abgeordnete Schmitt, d. d. Würzburg, den 28. Okt. 1863, über den in der „Frankf. Postz.“ berichteten angeblichen Vorgang in der Budgetkommission der letzten Ständeverammlung eine Erklärung abgegeben, welcher ich eine ebenfalls persönliche Erwiederung schuldig zu sein glaube.

Die Ursache, warum ich, als Verfasser der von hier aus datirten ersten Entgegnung auf den fraglichen Angriff, mich nicht zuerst an Hr. Schmitt selbst, sondern an andere Kommissionsmitglieder, wendete, habe, war eine doppelte; einmal war mir, da er von Mannheim weggezogen, seine genauere Adresse unbekannt, und ich besorgte, daß deren Ermittlung meine Erwiederung zu sehr verzögern würde. Sodann war ich durch die Darstellung und die Art der Veröffentlichung wohl veranlaßt, zu glauben, daß Hr. Schmitt nicht ganz unbetheilt sei; denn ich konnte mir die Frechheit nicht denken, daß ohne irgend ein Zutun von seiner Seite ein Dritter jene Erzählung mit einem böswillig erfundenen Detail auszustatten gewagt habe, welches bei Unergründlichkeit den Schein eines genauen und bestimmten Wissens hervorzurufen müßte.

Hr. Schmitt verfehlt nun, bei jenem Artikel in keiner Weise betheilt zu sein, und nimmt sogar an, daß „dessen Verfasser eine ihm ganz fern stehende Person sei.“ Es gereicht mir deshalb zur wahren Freude,

daß meine Vermuthung unrichtig war und mein früheres Vertrauen in seine Ehrenhaftigkeit wieder vollkommen hergestellt ist.

Hr. Schmitt sagt weiter, daß jene Erzählung der „Fr. P.-Ztg.“ in mehr als einer Beziehung, namentlich in Bezug auf das Auftreten des früheren Präsidenten der Budgetkommission, der Berichtigung bedürfe. Wenn nun auch nach dieser Erklärung meine Person nicht mehr vorzugeweihe angegriffen erscheint, so kann ich doch im Namen der Kommission mich nicht beruhigen, da Hr. Schmitt sich „an einen ähnlichen Vorgang“ in einer Sitzung erinnern will und mir das Recht einräumt, ihn zur genaueren Mittheilung aufzufordern. Mein und meiner Kollegen Schweigen könnte daher leicht den Verdacht eines nicht ganz guten Gewissens hervorrufen.

Die Absicht des Erzählers in der „Fr. P.-Ztg.“ ging unzweifelhaft dahin, die Budgetkommission und zumal deren Vorstand zu verächtlichen, daß durch die Verwerfung des anlässlich der Rechnungsnachweisungen, also wegen einer Budgetüberschreitung gestellten Schmitt'schen Antrages auf eine Verwahrung die Rechte der Volkvertretung aus Rücksichten nach Oben nicht gewahrt worden seien. Dieses ist der Kernpunkt der ganzen Frage, um welchen allein sich das öffentliche Interesse drehen kann. In dieser Beziehung wird nun gewiß Hr. Schmitt folgende Thatsachen nicht in Abrede stellen.

1) Auf dem letzt n Landtage lagen die Rechnungsnachweisungen über jene Periode, in der die Errichtung des 5. Infanterieregiments statthat, noch gar nicht vor; es war somit unbekannt, ob eine Budgetüberschreitung stattgefunden habe, oder nicht. Die geringere Anforderung im neuen Budget ließ das Letztere vermuthen. Es konnte somit bei diesem Anlaß der fragliche Antrag auf eine Verwahrung gar nicht gestellt werden, sondern es mußte die Frage, ob die Regierung innerhalb der Grenzen des bewilligten Budgets nur ein ihr zustehendes Recht der Organisation gelibt habe, der Prüfung der dem künftigen Landtage vorzuliegenden Rechnungsnachweisungen vorbehalten werden. Die Erzählung der „Fr. Postz.“ ist daher in Beziehung auf die Nachweisungen eine totale Unwahrheit.

2) Bei der Beratung des Vorschlags für die zukünftige Rechnungsperiode war aber allerdings, wie ich schon in der ersten Entgegnung erwähnte, in der Kommission ausschließlich die Sprache über die Bildung des 5. Regiments, und es hat der Berichterstatter darüber die gründlichsten Erhebungen gemacht, deren Resultat auch in dem gedruckten Kommissionsbericht (siehe V. Beilageheft, Seite 429) der Kammer vorgelegt wurde.

In der betreffenden Kommissionsberatung mag der Abg. Schmitt einen Antrag gestellt haben, der gegen diese Maßnahme der Regierung ohne vorherige händliche Genehmigung gerichtet war. Allein die Kommission trat diesem Antrage aus dem einfachen Grunde nicht bei, weil in dem Budget keine höhere, sondern sogar eine niederere Anforderung gemacht und der Kommission die Versicherung gegeben wurde, daß auch in der Zukunft kein Mehraufwand eintrete. Eben so wenig war ein Grund vorhanden, an der behaupteten technischen Zweckmäßigkeit einer Eintheilung der Infanterie in 5 Regimenter zu zweifeln.

3) Die gedruckten Protokolle weisen auf Seite 68 und 187 nach, daß in der öffentlichen Kammer Sitzung die Rechnungsnachweisungen einstimmig für unbearbeitet erklärt und ebenso die neue Forderung im Budget für die betreffende Position ohne irgend Erhebung eines Einwandes ebenfalls einstimmig genehmigt wurden. Wenn aber durch jenen Vorgang, wie die „Fr. P.-Ztg.“ verdächtigen will, eine Bloßgebung der händlichen Rechte statthat, warum hat der Abg. Schmitt und die ganze oppositionelle Minorität der Kammer bei beiden Genehmigungen einmütig mit der Kammermajorität gestimmt und sich so der gleichen konstitutionellen Sünde theilhaftig gemacht?

Ich glaube nun, selbst für den in Budgetsachen Unergründlichen sonnenklar nachgewiesen zu haben, daß in dem ganzen Verlauf dieser Angelegenheit auch nicht entfernt die Rechte der Stände vergehen wurden.

Sollte nun Hr. Schmitt gegen diese Darstellung des tatsächlichen Verhältnisses einen Einwand zu erheben haben, so mache ich von dem Rechte, das er mir selbst eingeräumt, nämlich ihn zu einer weiteren Erklärung zu veranlassen, hienüt Gebrauch. Ist er aber mit dieser Auseinandersetzung einverstanden, so wird es angezeit sein, das lesende Publikum nicht weiter mit dieser unerquidlichen, bödartig veranlaßten Streitsache zu befeligen.

Krieger, früherer Vorstand der Budgetkommission.

Nachricht.

Telegramme.

Wien, 29. Okt. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde eine Zuschrift des ungarischen Hofkanzlers Grafen Jorgach verlesen, worin er mittheilt, er werde sich bei den Beratungen des Finanzausschusses in Betreff der ungarischen Nothfrage durch einen Hofrath vertreten lassen. [S. o. * Wien.]

Paris, 29. Okt. (Schw. M.) Man hat Nachrichten aus San Domingo, wonach 11,000 Soldaten, die von Cuba und Puerto Rico kamen, daselbst ans Land geschickt worden sind. Bei San Luis fand eine ernsthafte Schlacht statt, in der jedoch die Spanier Sieger blieben. Dagegen ist der Aufstand siegreich im Gebirg Cibao. Santiago ist eingeschert. Im Süden sind die Aufständischen unterlegen. — Die Venezuelen haben Puerto Caballos genommen. (Puerto Caballos ist die Hauptstadt der Insel de Druba, welche zu den niederländischen Besitzungen in den Antillen an der Nordküste der Republik Venezuela gehört.)

Athen, 24. Okt. Die Nationalversammlung hat die Mitglieder des Ministeriums Miaulis auf die Dauer von 10 Jahren der politischen Ehren verlustig erklärt. Die Privatvorbereitungen zum Empfang des Königs sind großartig. — Es ist eine Blatternepidemie ausgebrochen.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Krauselein.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag 30. Okt. I. Abonnements-Konzert des großherzoglichen Hoforchesters im Museumskaale. Dem Gesamtpublikum zugänglich. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.
Sonntag 1. Nov. 4. Quartal. 114. Abonnementsvorstellung. Die Jüdin; große Oper in 5 Akten, von Halevy.

Gesellschafts-Reise nach Aegypten

Trieb über Corfu, Alexandrien, Cairo und Suez mit Besuch von Heliopolis, den Pyramiden und einer Fahrt über das Rote Meer zu den Rosenquellen. Ein Teil der Gesellschaft wird die Reise von Cairo über Memphis, Dendera und Theben, mit den jahrausend alten Ruinen, dann nach Assuan zu den N-Katarakten und bis Kalabshi am Wendekreis des Krebses fortsetzen.

Die Karten zur Rückreise von Alexandrien nach Trieb mit Inbegriff der Verpflegung haben eine Dauer von vier Monaten; daher die T. Teilnehmer, während in Europa der Winter seine Herrschaft geltend macht, und die ganze Natur unter Schnee und Eis erfarrt, diese Zeit in dem lieblichsten Frühlingsklima und in einer von dem Duft der Rosen und andern Blumen balsamisch gewürzten Luft zubringen und ihre Gesundheit stärken können.

Subskriptionen werden angenommen in Wien im Bureau der Unternehmung, Stadt Nagelgasse, in Karlsruhe bei der Expedition der Karlsruher Zeitung.

Ch. Römer & M. Kraupp.

In der G. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Gewerbegesetz

für das Großherzogthum Baden, nebst Vollzugsvorschriften, Erläuterungen und Verordnungen auf die einschlagenden Gesetze und Verordnungen.

Zu Anhang das Gesetz über Niederlassung und Aufenthalt, sowie die §§. 11-13 der Mühlenordnung.

Nach amtlichen Quellen bearbeitet von L. Turban, Ministerialrath im großh. bad. Handelsministerium. Preis 30 fr.

Zu.128. Karlsruhe. Lehrlingsstelle. In einem lebhaften gemischten Waarengeschäft einer Fabrikstadt des Mittelrheintales ist für einen solchen jungen Mann eine Lehrlingsstelle offen.

Näheres bei L. Brombacher in Karlsruhe.

Reisender = Besuch. Zu.921. Ein thätiger junger Mann (nicht unter 21 Jahren) wird als Reisender in ein En-gros-Geschäft zu engagiren gesucht.

Franks-Offeren unter Beischluß von Zeugnissen befördert die Expedition dieses Blattes.

Gehilfengesuch. Zu.881. Heidelberg. Mehrere tüchtige Gehilfen finden sogleich dauernde Beschäftigung bei L. Zimmermann, Mechaniker in Heidelberg.

Zu.123. Zürich. Stellegesuch. Ein älterer, sehr gut empfohlener Pharmazent sucht die Stelle eines Gehilfen oder Verwalters einer Apotheke in Baden oder Württemberg auswärts zu übernehmen und könnte sogleich eintreten.

Anfragen franco bei Fr. Schulthess, Buchhändler in Zürich.

Zu.101. Karlsruhe. Ganz frische Schellfische, Gabeljau, Büdinge zum Braten und zum Kochen, Neunaugen, frisch geräucherte Pommer'sche Gänsebrüste, Straßburger Gänseleberpasteten in Terrinen, geräucherten Rheinlachs, frischer russ. Caviar, Thunfisch, frisches Schenmankalafat, Sardellen, Sardines a l'huile, Mixe-Bildes, Champignons, Perrigord-Trüffel, englisches Senfmehl, frisch geräucherte Frankfurter Brat- und Leberwürste, Göttinger, Braunschweiger, Salami- und Pyonewürste, westphälische Schinken, feinsten grünen und schwarzen Thee empfiehlt.

Ph. Daniel Meyer, großh. Postlieferant.

Zu.125. Nr. 164. Bruchsal. Pferde-Versteigerung. Am Dienstag den 3. November d. J., Vormittags 11 Uhr, werden in Kaschatt vor der Dragoner-Regiment 4 Stück ausrangirte Militärpferde, und am

Donnerstag den 5. November d. J., Vormittags 10 Uhr, in Bruchsal vor dem Stallungen im Bauhof 11 Stück ausrangirte Militärpferde gegen Baarzahlung öffentlich versteigert.

Bruchsal, den 27. Oktober 1863. Berechnung des großh. bad. (1.) Leib-Drägerregiments. K a m m.

Zu.133. Mosbach. Schafweideverpachtung. Der Pacht der hiesigen Schafweide geht bis Michaeli 1864 zu Ende, und es beabsichtigt die hiesige Gemeinde, diese Weide von da an auf weitere 9 Jahre in Pacht hinanzuleihen.

Die Gemeinde der Stadt umfaßt ca. 4000 Morgen an Aekern, Wiesen und Hackrainen, und es werden dem Pächter neben dem geräumigen Schafhaus, Detonomiegebäuden und Stallungen 21 Morgen Bergfeld und 4 Morgen Wiesen im Thal mit in Pacht gegeben.

Bemerkung wird, daß die Stadtgemeinde alsbald nach der Verpachtung der Schäferei noch weitere 44 Morgen Acker in Pacht hinleibt, wodurch dem Pächter der Schäferei Gelegenheit gegeben wird, weitere Grundstücke in Pacht zu erhalten, und weiter wird bemerkt, daß der Pächter die Verbindlichkeit zu übernehmen hat, für die Dauer der Pachtzeit das nöthige Falschvieh zu stellen und zu unterhalten.

Die Pachtversteigerung wird

Donnerstag den 19. November l. J., Morgens 9 Uhr, auf dem hiesigen Rathhaus vorgenommen und können die näheren Pachtbedingungen 14 Tage vorher alda eingesehen werden.

Mosbach, den 22. Oktober 1863. Bürgermeister D ö f f n e r.

vd. G d e r i.

По ВЫСОЧАЙШЕМУ Повелению Российская ИМПЕРАТОРСКАЯ Миссия при Баденскомъ Дворѣ объявляетъ, что проживающіе за границею уроженцы западныхъ Губерній Польскаго происхожденія обязаны возвратиться въ отечество въ срокъ обозначенному въ выданныхъ имъ заграничныхъ паспортахъ; тѣ же изъ нихъ, срокъ паспортовъ которыхъ уже истекъ, должны немедленно прибыть въ Россію. Въ противномъ случаѣ на имущество тѣхъ изъ нихъ кои не возвратятся по вызову въ отечество, будетъ наложенъ сеquestръ.

Карlsruhe, 25. Сентября 1863 г. 7. Октября

Badische Gesellschaft für Zuckersfabrikation.

Montag den 30. November d. J., Morgens 9 Uhr, findet im Gesellschaftslokale dahier eine außerordentliche Generalversammlung statt, in welcher die neuverfaßten Gesellschaftsstatuten zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt werden.

Unmittelbar hierauf folgt die diesjährige ordentliche Generalversammlung, in welcher die in §. 7 der Gesellschaftsordnung bezeichneten Gegenstände vorkommen.

Hierzu werden die Aktionäre und Besitzer der 4 1/2 % Obligationen mit dem Ersuchen eingeladen, sich vorher auf dem Direktionsbureau die erforderlichen Legitimationen zu verschaffen. Stenografisch kann auch vom 1. November d. J. an der Entwurf der fraglichen Statuten von den Theilhabern bezogen werden.

Karlsruhe, den 27. Oktober 1863.

Die Direktion.

überfriesen bis zum 7. November d. J. bei dieser Stelle eingereicht werden. Mit den Soumissionen sind Muster der angebotenen Artikel vorzulegen, welche in Qualität mindestens den hier aufgeführten Mustern entsprechen müssen.

Die Preise sind franko Alenau, resp. Pforzheim zu stellen. Es wird nur badisches Maß und Gewicht zugelassen.

Die übrigen Lieferungsbedingungen können auf unserer Kanzlei eingesehen werden. Alenau, den 16. Oktober 1863.

Direktion der großh. Heil- und Pflegeanstalt Alenau. A. A.: Herrl. G e r g t.

Zu.119. St. Leon. (Versteigerung von Forstzapsen zum Verkauf des Austensengens.) Donnerstag den 5. Novbr. 1863, Nachmittags 3 Uhr, versteigern wir im Löwen zu St. Leon das Sammel der Forstzapsen behufs des Austensengens. Die Ernte ist gut.

St. Leon, den 28. Oktober 1863. Großh. bad. Bezirksforstmeister S c h a i n g e r.

Zu.387. Nr. 12,035. Triberg. (Kleiversteigerung.) Bei dem hiesigen Bezirksamt befinden sich etwa 2-3 Jentner ausgeschiedene alte Asten, die zur Einflammung bestimmt sind und an die Meistbietenden vergeben werden.

Wir laden daher die Kaufliebhaber ein, ihre Angebote binnen 10 Tagen dahier zu machen. Nach Ablauf dieser Frist werden sie dem Meistbietenden zugeschlagen werden. Triberg, den 24. Oktober 1863.

Großh. bad. Bezirksamt. B a d e r.

Zu.378. Nr. 6526. Wörberg. (Veräußerungserkenntnis.) In Sachen der Ehefrau des Johann Georg Haun von Wörberg, Klägerin, gegen ihren Ehemann Johann Georg Haun von da, unter Vormundschaft des Adam Haun alda, Beklagten, Vermögensabsonderung betr., wird zu Recht erkannt:

Frankfurt, 28. Oktbr. 1863. Staatspapiere.

Table with columns for Staatspapiere and Anleihen-Losse. It lists various financial instruments like obligations, bonds, and annuities with their respective values and interest rates.

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

Table listing various stocks and bonds, including Frankfurt Bank, Prussian Bank, and various railway companies, with their current market values.

Gold und Silber.

Table listing gold and silver prices for various locations like Amsterdam, London, and Berlin, including exchange rates and prices for different types of coins.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Es sei die Klägerin für berechtigt zu erklären, ihr Vermögen von dem ihres Ehemannes abzusondern, und habe der Letztere die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

W. R. W. Dessen zu Urkunde ist dieses Urtheil ausgefertigt und mit dem Gerichtssiegel versehen worden. Wörberg, den 19. Oktober 1863.

Großh. bad. Amtsgericht. S t e i n w a r z.

Zu.392. Nr. 11,104. Lahr. (Ausschlußerkennnis.) In der Saite des Kronenwirths Georg Kiefele von Friesenheim werden alle diejenigen, welche in der Schuldenrichtigstellungs-Tagfahrt ihre Forderungen nicht angemeldet haben, damit von der vorhandenen Masse ausgeschlossen.

Lahr, den 23. Oktober 1863. Großh. bad. Amtsgericht. W u n d t.

Zu.556. Nr. 11,112. Lahr. (Gefanntmachung.) Heute wurde bei dieser Stelle in das Gesellschaftsregister Ord.-Z. 18 eingetragen, daß Bernhard Helbing von der Handelsgesellschaft Rott u. Comp. in Dinglingen als Prokurist bestellt worden ist.

Lahr, den 24. Oktober 1863. Großh. bad. Amtsgericht. W u n d t.

Zu.344. Nr. 12,019. Offenburg. (Verlassenschaftseinweisung.) Die Wittwe des Handelsmanns Karl Gartenhäuser, Karoline, geb. Köhler, von Offenburg wird ammi in Besitz und Gewahr der Verlassenschaft ihres + Ehemannes eingewiesen, da inner anderamtter Frist keine Einsprache erhoben worden.

Offenburg, den 23. Oktober 1863. Großh. bad. Amtsgericht. S i e d.

Zu.363. Nr. 8631. Offenburg. (Erbbotladung.) Zur fürsorglichen Vertheilung des verfallenen Jngas Hirschbühl von Schutterwald sind als nächste erbberichtigte Verwandte seine Geschwister:

- a) Johannes Hirschbühl, geboren am 24. August 1815; b) Theresia Hirschbühl, geboren am 9. Dezember 1816, Ehefrau des Michael Schley; c) Maria Anna Hirschbühl, geboren am 22. November 1826; d) Rosine Hirschbühl, geboren am 12. September 1834.

Alle von Schutterwald nach Amerika ausgewandert, berufen. Da ihre Aufenthaltsorte unbekannt sind, so werden sie und begliehungsweise ihre ehelichen Nachkommen ammi aufgefordert, ihre Erbbotsprüche binnen drei Monaten, von heute an, bei unterfertigter Stelle persönlich oder durch Bevollmächtigte geltend zu machen, widrigenfalls das Vermögen des Verfallenen lediglich denjenigen in fürsorglichen Besitz gegeben wird, welchen es zufällt, wenn die Vorgeladenen zur Zeit der Verfallens-erklärung nicht mehr am Leben gewesen wären. Offenburg, am 26. Oktober 1863.

Großh. bad. Amtsgericht. S c h m i d t.

Zu.396. Nr. 18,307. Mosbach. (Fahndung.) In einer dahier anhängigen Untersuchung soll der Krämer Joseph Mauri aus Mitterwaldense (Oesterreich) als Zeuge vernommen werden. Derselbe bejudt gewöhnlich die Jahrmärkte in hiesiger Gegend. Sein jetziger Aufenthalt ist aber unbekannt, und bitten wir deshalb sämmtliche Polizeibehörden, denselben auf Betreiben behufs seiner Einvernahme hieher zu weisen. Mosbach, den 24. Oktober 1863.

Großh. bad. Amtsgericht. H i r s c h b ö r n.

Zu.391. Waldshut. (Aufsorderung.) Nachtheiliger von Freiburg sollte in einer dahier anhängigen Untersuchung einernommen werden. Wir bitten um Mitteilung des Aufenthaltsorts derselben. Waldshut, den 26. Oktober 1863.

Großh. bad. Amtsgericht. v. W ä n t e r.